

Tübingen Klimaneutral 2030 - Stellungnahme der Fraktion AL/Grüne von Jonas Kübler

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hitzesommer, Trockenheit und Waldbrände. Die Folgen des Klimawandel sind auch in unseren Breitengraden angekommen. Am eindrucklichsten lässt sich dies im Wald erkennen, wo Buchen und Fichten mit der Trockenheit der letzten Jahre kämpfen.

Deshalb gilt für uns: Konsequenter Klimaschutz ist eine der zentralen politischen Aufgaben unserer Zeit. Wenn wir das Pariser Klimaabkommen und das 1,5-Grad-Ziel ernst nehmen, ist ein Verschieben des Problems nicht länger akzeptabel. Wir sind überzeugt, dass sich konsequentes Handeln jetzt und vor Ort auszahlt.

Mitte 2019 wurde, angestoßen durch die junge Klimabewegung FFF, in vielen Städten ein „Klimanotstand“ ausgerufen, um die Wichtigkeit des Klimaschutzes zu unterstreichen. In Tübingen haben wir uns für einen anderen Weg entschieden, und im Juli 2019 beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung einstimmig, ein Programm zu erarbeiten mit dem Ziel, die energiebedingten CO₂ Emissionen in Tübingen bis 2030 auf Null zu bringen.

Mit Blick auf das nun vorliegende Programm wird klar: Dem Ziel „Tübingen Klimaneutral 2030“ kann man nicht mit einzelnen Maßnahmen gerecht werden. Das Programm, welches uns nun vorliegt, gibt hingegen eine klare Vorstellung, welche Maßnahmen in Summe in den nächsten Jahren zu ergreifen sind. Dies ist ein Meilenstein im kommunalen Klimaschutz.

Ich möchte auf ein paar zentrale Punkte kurz eingehen:

Entgegen dem Eindruck aus politischen Debatten war für viele überraschend, dass ein Großteil der CO₂-Emissionen im Wärmebereich stattfindet. Es ist deshalb klar, dass wir im Neubau hohe Ansprüche an die Gebäude stellen werden müssen. Ein Schritt in diese Richtung ist, dass wir – der Gemeinderat- dieses Jahr auf Antrag von uns AL/Grünen hin bereits KfW 40 verpflichtend im Neubau beschlossen haben (Antrag 559/2019). Bei der Wärmeversorgung werden wir Quartierslösungen erarbeiten müssen, an denen sich alle Bauherren und -Frauen beteiligen. Eine noch größere Herausforderung wird jedoch die Wärmewende im Bestand. Ein Wärmeplan muss jetzt so schnell wie möglich erarbeitet werden, um angepasste Lösungen für die einzelnen Ortsteile und Quartiere zu finden. Des weiteren müssen wir natürlich auch die Fernwärme selbst dekarbonisieren. Dazu stellten wir bereits vor einem Jahr einen Antrag (Antrag 558/2019). Gut, dass dies nun mit dem Klimaprogramm in den Fokus gerückt wird.

Beim Strom ist absehbar, dass wir durch die Sektorenkopplung einen deutlich erhöhten Bedarf haben werden. Ein schneller Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten ist deshalb unerlässlich. Das unterstrich jüngst auch die Studie des Wuppertal Instituts. Hier haben wir die Stadtwerke als starke Partnerin. Besonderes Engagement/Augenmerk müssen wir weiterhin auf die Erschließung versiegelter Flächen legen. Es ist bedauerlich, dass es mit einer CDU im Landtag noch nicht mal möglich ist, eine PV Pflicht auf Wohnungsneubauten zu beschließen. Was wir allerdings wirklich dringend brauchen, ist die Aktivierung bereits versiegelter Flächen zur energetischen Nutzung, sprich eine weitestgehende PV-Pflicht auch im Bestand.

Von den drei Sektoren Wärme, Strom und Mobilität stehen wir in Tübingen beim letzten Punkt bereits am besten da. Um auch im Bereich Mobilität weiterzukommen, müssen wir die bestehende Verteilung des Verkehrsraum ändern und umweltfreundliche Fortbewegungsarten priorisieren. So wird das Parken von Autos im öffentlichen Raum einen ehrlicheren Preis bekommen (Antrag 555/2019 u. 531/2020) und die Rad- und Fußinfrastruktur ausgebaut werden. Ein zentraler Punkt für unsere attraktive Stadt wird es allerdings sein, die Pendlerströme aus dem *Umland* in den ÖPNV und aufs Rad zu bekommen.

Je nach Ausgang des (für 2021) geplanten Bürgerentscheids, wäre die Regionalstadtbahn mit Innenstadtstrecke hierfür eine Maßnahme, die gleichzeitig für sozialen Ausgleich sorgt. Sie ermöglicht es Menschen ohne finanzielle Ressourcen für Führerschein und Auto, schnell und komfortabel vom Umland zu Zielen innerhalb Tübingens zu kommen und umgekehrt.

Es wird allerdings auch Maßnahmen geben müssen, welche private Investitionen erfordern. Dies ist vor allem im Bereich Wohnen der Fall. Wir müssen darauf achten, die Lasten gleichmäßig zu verteilen und

finanzschwache Haushalte zu unterstützen, damit eine Umsetzung von Maßnahmen für alle leistbar wird. Darüber hinaus müssen wir den Zugang zu Fördermitteln so gestalten, dass ein Abrufen der Mittel nicht auf privilegierte Haushalte beschränkt bleibt. Hier sollte die Verwaltung aufsuchend auf die Menschen zugehen. Die soziale Flankierung des Programmes wird uns bei vielen Maßnahmen begleiten, deshalb wurde das Programm extra explizit um diese Querschnittsaufgabe ergänzt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Menschen/Personen/Akteuren bedanken, die an der Erstellung dieses Programms mitgearbeitet haben. Neben der intensiven Arbeit der Verwaltung, vor allem der Stabsstelle für Umwelt und Klimaschutz, möchte ich mich auch für die vielen Stellungnahmen und Anregungen bedanken, welche ehrenamtlich aus der Bürgerschaft, von Verbänden und Institutionen kamen. Die jetzige Version hat dadurch noch einmal deutlich an Qualität gewonnen. Auch bei den anderen Fraktionen möchte ich mich bedanken. In vielen Sitzungen des Klimaausschusses und in Workshops wurde das Programm diskutiert und bearbeitet. Es ist sehr erfreulich, dass alle Fraktionen hier im Rat, trotz möglicher Bedenken bei einzelnen Maßnahmen, das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 unterstützen und dem Programm, so hoffe ich, zustimmen werden.

Trotz der geleisteten Arbeit bleiben selbstverständlich Unsicherheiten auf dem Weg bis 2030. Diese Unsicherheiten sind zum einen technologischer Natur, zum Beispiel in puncto Synthesegas oder Wasserstoff. Zum anderen gibt es Unsicherheiten in den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen (Querschnittsaufgabe Modellkommune). Für uns ist es deshalb mit dem Beschluss des Klimaprogramms zwingend, dass bei der Stabsstelle Klimaschutz auch zukünftig die Köpfe rauchen. Die neue Anlage 3 fasst einige dieser Erwartungen an die Fortschreibung des Programms noch einmal explizit zusammen. Wir erwarten, dass die Verwaltung die Punkte des Programms, welche jetzt schon technisch und rechtlich möglich sind, schnell zur Umsetzung bringt oder die Beschlussfassung im entsprechenden Gremium vorbereitet.

[Nächster Absatz nur wenn wir das tatsächlich direkt mit entscheiden.]

Zur weiteren Beteiligung: Wir finden eine Befragung zum Klimaschutzprogramm mit der BürgerApp über drei Monate sinnvoll. So erreichen wir, eine Auseinandersetzung der Bevölkerung mit der Thematik und dass weitere Anregungen in der Umsetzung integriert werden. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Verwaltung. Einen Bürgerentscheid halten wir für nicht geeignet.

Das Engagement der Bürgerschaft ist neben den politischen Weichenstellungen nach wie vor sehr wichtig. Jede*r Einzelne muss sich fragen, welche Änderungen im eigenen Alltag umsetzbar sind. Dies betrifft neben den Bereichen Wärme, Strom und Verkehr die Bereiche Ernährung und den Konsum im Allgemeinen. Da wir hier als Kommune nur sehr eingeschränkt Einfluss nehmen können, möchten wir die Wichtigkeit dennoch an dieser Stelle unterstreichen und an die Verantwortung des*der Einzelnen appellieren.

Im Juli letzten Jahres wurde die Verwaltung einstimmig beauftragt, dieses Konzept zu erarbeiten.

Jetzt, Ende 2020 wird es Zeit, dass wir mit der Umsetzung beginnen.

Dies ist eine Zäsur und ein echter Meilenstein im kommunalen Klimaschutz und sendet ein klares Signal, dass in Tübingen Klimaschutz den richtigen politischen Stellenwert hat.

Wir, die Fraktion AL/Grüne, werden allen Punkten im Programm zustimmen. Damit werden wir unserem grünen Ziel, die Klimakrise angemessen zu bekämpfen, ein Stück näher kommen.

Vielen Dank.